2010/149

STADT LIESTAL
EINWOHNERGEMEINDE

Jahresprogramm 2011

- Einleitung
- Antrag
- Präsidium
- Recht / Sicherheit
- Infrastruktur / Informatik
- Bildung / Sport
- Stadtbauamt
- Soziales / Gesundheit / Kultur
- Betriebe
- Finanzen / Einwohnerdienste
- Spezialfinanzierungen

Einleitung

Gemäss § 9 des Verwaltungs- und Organisationsregelements (VwOR) vom 24. Mai 2000 führt die Stadt Liestal neben den kantonal geregelten Steuerungsinstrumenten zusätzlich ein Jahresprogramm. Das Jahresprogramm beschreibt in kurzer Form Aufgaben und Tätigkeiten im kommenden Jahr. Es ist auf den Voranschlag abgestimmt. Das Jahresprogramm wird vom Einwohnerrat zur Kenntnis genommen (§ 1 VwOR).

Die Stadt Liestal nimmt diejenigen Aufgaben wahr, welche ihr vom übergeordneten Gesetzgeber und/oder vom kommunalen Legislativorgan zugewiesen wurden. Der Zweck des Jahresprogramms kann aber nicht darin liegen, eine Auflistung aller gesetzlich zugewiesenen Daueraufgaben wiederzugeben. Es gilt deshalb, in Abgrenzung zum Entwicklungsplan und in Korrespondenz mit dem Voranschlag, im vorliegenden Jahresprogramm die Schwerpunkte der Tätigkeiten der einzelnen Bereiche aufzuzeigen, wobei das Augenmerk auf die Aufgaben gerichtet wird, welche sich im nächsten Jahr vollständig bearbeiten lassen. Bei längerfristigen Aufgaben stellt der Entwicklungsplan das massgebende Informations- und Steuerungsinstrument dar.

Die Exekutive inklusive Stadtverwaltung geben sich im Jahresprogramm aufgrund einer kurzen Schilderung der Ausgangslage (A) Ziele (Z) vor, welche sie aufgrund des dargelegten Lösungsansatzes (L) erreichen wollen. Über den Stand der Zielerreichung, Umsetzung und Implementierung der Schwerpunkte werden wir im nächsten Amtsbericht – als weiterer Teil eines vollständigen Controllingkreislaufes – Ausführungen machen. Die Exekutive wird sich an den eigenen Vorgaben messen lassen.

Antrag

Der Stadtrat beantragt dem Einwohnerrat die Kenntnisnahme des Jahresprogramms 2011.

Liestal, 21. Dezember 2010

NAMENS DES STADTRATS

Die Präsidentin	Der Stadtverwalter
Regula Gysin	Benedikt Minzer

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung **1**

1. Präsidium / Zentrale Dienste **2**
1.1. Standort Liestal 2
1.2. Evaluation einer einheitlichen (elektronischen) Geschäftsverwaltung inklusive einheitliches Ablagesystem 2

2. Recht / Sicherheit **3**
2.1. Pilotprojekt eine Polizei in Liestal 3
2.2. Reorganisation Stab Recht Sicherheit 3
2.3. Stützpunkt-Feuerwehr 3
2.4. Zivilschutz (ZSO) 4
2.5. Gemeindeführungsstab (GFS) 4
2.6. Bewilligungswesen und Kataster 4

3. Infrastruktur / Informatik **5**
3.1. Ersatz der Hardware (PC, Bildschirme) 5
3.2. Wechsel von Office 2003 auf Office 2010 5

4. Bildung / Sport **6**
4.1. Zertifizierung nach Q2E: Umsetzung des Schulprogramms und Zwischenaudit im Januar 2011 6
4.2. Konzept „Eltern-Feedback“ 7
4.3. Konzept „Schülerinnen- und Schüler-Feedback“ 7
4.4. Projekt sprachliche und soziale Frühförderung 7

5. Stadtbauamt **8**
5.1. Hochbau 8
5.2. Tiefbau / Verkehr 9
5.3. Planung 11
5.4. Verkehrssicherheit 11

6. Soziales / Gesundheit / Kultur **12**
6.1. Sozialhilfe 12
6.2. Jugend 12
6.3. Alter 12
6.4. Kultur 13

7. Betriebe **14**
7.1. Strassenunterhaltsplanung 14
7.2. Benchmarking Werkhof (2011 Datenerhebung) 14

8. Finanzen / Einwohnerdienste **15**
8.1. Finanzen 15
8.2. Einwohnerdienste 15

9. Spezialfinanzierungen **16**
9.1. Anpassung der Gebühren in der Abwasser- und der Wasserkasse 16
9.2. Planung der Versorgungssicherheit in der Wasserversorgung 16
9.3. Benchmarking Wasserversorgung (2011 Datenerhebung) 17
9.4. Pilotprojekt Bioklappe 17

1. Präsidium / Zentrale Dienste

Regula Gysin / Benedikt Minzer

Schwerpunkte

- Standort Liestal
- Eruierung Bedarf Geschäftskontrolle

1.1. Standort Liestal

Liestal als Wohn- und Arbeitsort

A: Liestal liegt mitten im kulturellen Geschehen, optimal im Verkehrsnetz und stellt einen Standort mit hoher Lebensqualität dar. Liestal entwickelt sich stetig weiter und vorwärts.

Z: Der Stadtrat hat eine ausformulierte Strategie für Liestal.

L: Um als Wohn- und Arbeitsort im lokalen und regionalen Wettbewerb der Ressourcen standhalten und sich weiter entwickeln zu können, positioniert sich Liestal gegenüber den Mitbewerbern, und weiss, welche Indikatoren zur Messung der angestrebten Weiterentwicklung aussagekräftig sind. Die Strategie ist umschrieben.

1.2. Evaluation einer einheitlichen (elektronischen) Geschäftsverwaltung inklusive einheitliches Ablagesystem

A: Die eingehenden Geschäfte der Stadtverwaltung Liestal, auch die bereichsübergreifenden und präsidialen Geschäfte, werden heute nicht nach bestehenden Archivnummern, sondern nach Kontonummern erfasst und abgelegt. Zudem werden die Geschäfte nicht lückenlos systematisch und elektronisch erfasst, was eine Kontrolle des Verfahrensstands ermöglichen würde.

Z: Übergeordnetes Ziel:
Das dokumentierte und archivierte Wissen der Stadtverwaltung ist unmittelbar abrufbar. Es besteht für alle Geschäfte der Stadtverwaltung eine einheitliche systematische Erfassung und Ablage/Archivordnung, verbunden mit einer elektronischen Geschäftskontrolle, welche über Verfahrensstand und Fristen Auskunft gibt. Die Kontrolle erfolgt über alle Geschäfte in allen (Teil-) Prozessen in allen Abteilungen.

Jahresziel:
Die Zentralen Dienste kennen den Bedarf und die Kosten für die Einrichtung eines technischen Wissensverwaltungssystems (Geschäftskontrollsystems).

L: Analyse der eingehenden Geschäfte, des Ablagesystems sowie der heutigen Überwachung der Prozesse und Formulierung des Bedarfs sowie die dafür dienenden Lösungsvarianten inklusive Kosten. Die Erkenntnisse aus bisherigen Projekten werden miteinbezogen.

2. Recht / Sicherheit

Regula Gysin / Bernhard Allemann

Schwerpunkte

- Anpassung der Strukturen an die Resultate der Projekte „Eine Polizei in Liestal“ und Fürio

2.1. Pilotprojekt eine Polizei in Liestal

A: Die Stadtpolizei wird ab 1.01.2011 im Rahmen eines Pilotprojektes und einer Leistungsvereinbarung durch den Polizeistützpunkt Liestal der Polizei BL geführt.

Z: Umsetzung des Projektes „Eine Polizei in Liestal“ mit der Integration eines Teils der Aufgaben der Stadtpolizei in die Polizeiorganisation des Kantons.

L: Begleitung der Pilotphase und Auswertung der Resultate im Hinblick auf den Entscheid über eine allfällige definitive Übernahme der Stadtpolizei durch den Kanton.

2.2. Reorganisation Stab Recht Sicherheit

A: Beide Projekte „Eine Polizei in Liestal“ und Fürio haben diverse organisatorische Änderungen zur Folge. Zudem werden Aufgaben, die bis heute teilweise das Feuerwehrkommando erledigte, in die Verwaltung integriert.

Z: Integration von Aufgaben aus den Bereichen Verwaltungspolizei und Feuerwehr in die Verwaltung.

L: Die Verwaltungsorganisation muss den neuen Begebenheiten angepasst werden. Die notwendigen Entscheidungen sind im Hinblick auf die Besetzung der neu geschaffenen Funktionen von den hierzu zuständigen Organen zu schaffen, damit die Verwaltung diese umsetzen kann.

2.3. Stützpunkt-Feuerwehr

A: Die Feuerwehrkommission zeigte im März 2008 verschiedene Ansätze auf, welche zur Sicherstellung der Qualität im Feuerwehrwesen beitragen können. Aufgrund diverser Umstände und der Tatsache, dass die Nachfolge des Feuerwehrkommandos als wichtiges Thema behandelt werden muss, wurden die Lösungsansätze im Projekt Fürio einer externen Überprüfung unterzogen, verfeinert und ergänzt. Eine Erkenntnis des Projektes ist, dass insbesondere das Kommando der Feuerwehr aktuell Aufgaben wahrnimmt, die innerhalb der Verwaltung wahrgenommen werden können.

Z: Entlastung der Milizorganisation von Verwaltungsaufgaben.

L: Die Funktion Leitung Sicherheit ist in der Verwaltung mit neuem Pflichtenheft zu integrieren.

2.4. Zivilschutz (ZSO)

A: Im Zusammenhang mit dem Wechsel im obersten Führungsbereich haben sich in gewissen Bereichen Optimierungsmöglichkeiten gezeigt.

Z: Neuausrichtung des Zivilschutzes Liestal.

L: In Zusammenarbeit mit dem Kanton wird nach Möglichkeiten gesucht, den Zivilschutz Liestal zu optimieren. Geprüft werden auch Verbundslösungen.

2.5. Gemeindeführungsstab (GFS)

A: Diverse personelle Wechsel in der Stabszusammensetzung, nachzuführende Führungsunterlagen

Z: Neuausrichtung des Gemeindeführungsstabes.

L: Ausbildung neue Stabsangehörige, gemeinsame Trainings GFS/ZSO.

2.6. Bewilligungswesen und Kataster

A: Das Bewilligungswesen ist historisch gewachsen. Die Gebühren entsprechen teilweise nicht den aktuellen Anforderungen an das Gebührenwesen.

Z: Überprüfung des Gebührenwesens.

L: Überprüfung und Neuregelung der Gebühren.

3. Infrastruktur / Informatik

Peter Rohrbach / Thomas Kunz

Schwerpunkte

- Ersatz der Hardware (PC, Bildschirme)
- Wechsel von Office 2003 auf Office 2010 (Word, Excel, PowerPoint, Access, Outlook, Visio, Project)

3.1. Ersatz der Hardware (PC, Bildschirme)

A: Die PCs aus dem Jahr 2004/2005 haben ihre Lebensdauer überschritten. Nach dem Wechsel der Server im 2010 ist nun der Ersatz der Hardware auch notwendig.

Z: Hardware

Kostenoptimierung

- bei der Anschaffung
- beim laufenden Unterhalt
- Energiekosten

Datensicherheit erhöhen

- alle Daten auf dem Server gespeichert

L: Auf die Beschaffung von PCs wird verzichtet

Ersatz durch Thin-Client-Arbeitsplatzgeräte

- 50% tiefere Beschaffungskosten
- längere Lebensdauer
- 80% weniger Stromverbrauch
- Alle relevanten Daten zentral auf dem Server gespeichert → erhöhte Datensicherheit

3.2. Wechsel von Office 2003 auf Office 2010

A: Die Verwaltungsstellen des Kantons haben bereits im Jahr 2010 auf Office 2010 umgestellt. Um den Dokumentenaustausch zu vereinfachen ist eine Umstellung der Stadtverwaltung notwendig.

Z: Dokumentenaustausch mit dem Kanton und anderen Stellen vereinfachen.

L: Umstellung auf Office 2010, bedarfsgerechte Schulung für sämtliche Anwender.

4. Bildung / Sport

Lukas Ott / Jean-Bernard Etienne

Schwerpunkte

- Umgang mit Heterogenität

Im Schulprogramm 2011 – 2012 ist der Umgang mit Heterogenität das Hauptthema. Dies bedeutet, dass der Vielfalt in jeder Klasse mit zeitgemässen Methoden (z. B. Pädagogik der Vielfalt, Kooperatives Lernen) begegnet wird. Die entsprechenden Bemühungen unserer Schule werden über die Kantonsgrenze hinaus wahrgenommen. Dies zeigt etwa die Auszeichnung mit dem Comenius-Preis 2010, welcher der Schule Fraumatt von der Pädagogischen Hochschule (FHNW) übergeben wurde.

Bereits auf Beginn des Schuljahres 2006/07 wurde die Anzahl der Kleinklassen um die Hälfte reduziert und gleichzeitig die integrative Schulungsform eingeführt. Die Erfahrungen in der Primarschule sind durchwegs positiv. 2008 wurde zudem eine Integrationsklasse mit 4 behinderten Kindern im Frenken-Schulhaus eröffnet, eine weitere Integrationsklasse wurde im Sommer 2010 gebildet. Beide Klassen werden begleitet und evaluiert. In der Begleitgruppe haben Einsitz: die Schulleitungen der Primarschule und der Heilpädagogischen Schule, die Schulpsychologin und eine Vertretung des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes, eine Vertretung des Amtes für Volksschulen und die zuständigen Lehrpersonen.

Seit einem Jahr werden noch nicht schulpflichtige Kinder ohne Deutschkenntnisse in Sprachlerngruppen gefördert. Sie sollen beim Eintritt in den Kindergarten genügend Deutsch verstehen, um dem Unterricht im Kindergarten von Anfang an folgen zu können. Das Projekt wurde im Herbst 2010 evaluiert. Veränderungen / Verbesserungen werden bis Sommer 2011 abgeschlossen.

4.1. Zertifizierung nach Q2E: Umsetzung des Schulprogramms und Zwischenaudit im Januar 2011

A: 2009 erlangten die Kindergärten und die Primarschule als erste Volksschule die Zertifizierung nach dem Q2E-Modell (Qualität durch Evaluation und Entwicklung). Ein erstes Zwischenaudit im Januar 2010 war erfolgreich.

Z: Das Schulprogramm wurde im Herbst 2010 vom Schulrat genehmigt und wird 2011 bis 2012 umgesetzt. Das Zwischenaudit (Januar 2011) wird erfolgreich bestanden.

L: Das Schulprogramm terminiert die Ziele der Schule, welche sich hauptsächlich zum Thema Integration und Umgang mit Heterogenität äussern.

4.2. Konzept „Eltern-Feedback“

A: Mit einer Pilotgruppe von 17 Lehrpersonen wurden unter externer Leitung neue Formen des Eltern-Feedbacks erarbeitet, durchgeführt und dokumentiert.

Z: Es liegt ein Konzept vor, welches die Anforderungen an Eltern-Feedback regelt. Elternfeedback wird regelmässig mit zeitgemässen Methoden eingeholt.

L: Feedback wird in jeder Stufe (Kindergarten, Unter- und Mittelstufe) jeweils nach einem Jahr eingeholt.

4.3. Konzept „Schülerinnen- und Schüler-Feedback“

A: Mit einer Pilotgruppe von 10 Lehrpersonen wurden unter externe Leitung neue Formen des Schülerinnen-Feedbacks erarbeitet, durchgeführt und dokumentiert.

Z: Ein Konzept regelt die Anforderungen an Schülerinnen- und Schüler-Feedback. Feedback wird ab der 3. Klasse regelmässig eingeholt.

L: Es wird ein Feedback-Konzept erarbeitet.

4.4. Projekt sprachliche und soziale Frühförderung

A: Kinder ohne Deutschkenntnisse müssen im Kindergarten zuerst die Unterrichtssprache erlernen. Dadurch geht Zeit verloren, in der die Kinder dem Unterricht nicht folgen können.

Z: Kinder ohne oder mit wenigen Deutschkenntnissen besuchen ein Jahr vor Kindergarteneintritt Deutschunterricht und werden gleichzeitig in den elementaren Basisfunktionen geschult. Damit soll der Eintritt in die Schule erfolgreich gestaltet werden, die Kinder können dem Unterrichtsgeschehen von Anfang an folgen und profitieren vom Lernangebot.

L: Kinder ohne oder mit wenig Deutschkenntnissen besuchen ein Jahr vor Kindergarteneintritt eine Sprachlerngruppe (4 Lektionen pro Woche). Die Eltern werden in das Projekt einbezogen und werden in die Kantonsbibliothek eingeführt oder lernen die Ludothek kennen. Das Projekt wird evaluiert. Das Projekt wurde im Herbst 2010 evaluiert. Veränderungen / Verbesserungen werden bis Sommer 2011 abgeschlossen. Eine zweite Evaluation ist im Herbst 2011 geplant.

5. Stadtbauamt

Ruedi Riesen / Martin Hofer

Schwerpunkte

- Bau des Gebäudes zur Haltestelle Wasserturmplatz
- Übernahme der Sekundarschulhäuser durch den Kanton
- Konzept über die Instandsetzung der Schulanlagen
- Realisierung Bushof 1. Etappe mit Soodweg und Emma Herwegh-Platz
- Begleitung diverser Quartierplanungen, in erster Priorität Areal Ziegelhof

5.1. Hochbau

5.1.1. Schulanlage Fraumatt

A: Für die Sanierung der Schulanlage sowie des Aussenbereichs hat der Einwohnerrat 2008 einen Gesamtkredit genehmigt. Die Sanierung des Schulhauses ist 2008 erfolgt. 2012 soll dann noch die Turnhalle saniert werden.

Z: Vorplatz mit Parkplatz wird 2011 neu gestaltet.

L: Im ersten Halbjahr 2011 werden das Projekt erstellt sowie alle Bewilligungen eingeholt. Die Ausführung erfolgt dann im zweiten Halbjahr 2011.

5.1.2. Gebäude Bushaltestelle Wasserturmplatz

A: Für das Gebäude Bushaltestelle Wasserturmplatz hat der Einwohnerrat 2010 einen Kredit genehmigt. Das Baugesuch wurde eingereicht und die Baubewilligung liegt bis Ende 2010 vor.

Z: Das Gebäude wird zwischen März und Juni 2011 erstellt.

L: Die Submission wird Anfang 2011 abgeschlossen, die Arbeiten vergeben und die Bauvorbereitung durchgeführt.

5.1.3. Übernahme Sekundarschulbauten durch den Kanton

A: Gemäss neuem Bildungsgesetz übernimmt der Kanton die Schulgebäude (Schulanlage Burg und Teil Frenke) der Sekundarstufe.

Z: Übernahme der Sekundarschulbauten durch den Kanton ab Schuljahr 2011/12.

L: Mit dem Kanton werden Verhandlungen zur Übernahme geführt und die nötigen Verträge abgeschlossen bis Sommer 2011.

5.1.4. Konzept über die Instandsetzung der Schulanlagen

A: Das Konzept wurde vom Einwohnerrat im Hinblick auf den EP 12-16 verlangt.

Z: Es liegt ein Konzept vor, welches den Umfang, die Kosten sowie den zeitlichen Ablauf der Instandsetzungen bei den Schulanlagen aufzeigt.

L: Zusammen mit dem Bildungsbereich werden die Grunddaten für die Schulraumplanung erhoben und der Bedarf an Schulraum bei den Schulanlagen definiert. Darauf basierend werden die Massnahmen pro Schulanlage sowie die aus den Massnahmen resultierenden Kosten aufgezeigt. Zum Schluss wird für das Massnahmenpaket ein realistischer Zeitablauf mit Finanzplan bestimmt.

5.1.5. Energielabel

A: Der Stadtrat/Einwohnerrat hat die Massnahmen für die Einführung des in den Legislaturzielen verankerten Energielabels beschlossen. Liestal ist seit Mitte 2008 Energiestadt.

Z: Im Jahr 2011 erfolgt die weitere Umsetzung der geplanten Massnahmen.

L: Die im Energielabel definierten Massnahmen werden geplant und umgesetzt. Im Liestal aktuell wird der Energietipp weitergeführt und für die Bevölkerung jeweils 2-3 Infoveranstaltungen (Warenmarkt) organisiert.

5.2. Tiefbau / Verkehr

Entsprechend dem Entwicklungs- und Finanzplan stehen auch im Jahresprogramm die Projekte für den neuen Bushof sowie die Aussenraumgestaltung der Altstadt im Vordergrund.

5.2.1. Neubau Bushof 1. Etappe, mit Soodweg und Emma Herwegh-Platz

A: Für den Bushof und Soodweg hat der Einwohnerrat den Baukredit genehmigt. Ebenfalls haben die SBB und der Kanton ihre finanziellen Zusagen gemacht. Die Genehmigung des Emma Herwegh-Platzes steht noch aus.

Z: Realisierung aller Bauteile bis Ende 2011.

L: Genehmigungsantrag an den Einwohnerrat für den Emma Herwegh-Platz Anfang 2011 stellen. Bauablauf aller Projekte so planen und realisieren, dass alle Projektteile bis Ende 2011 ausgeführt sind.

5.2.2. Aussenraumgestaltung Altstadt, Kanonengasse 2. Etappe

A: Die Ausführung soll an die bereits realisierte 1. Etappe anschliessen.

Z: Realisierung koordiniert mit allen Werkleitungen im Sommer 2011.

L: Frühzeitige Koordination mit allen Werkeigentümern und Anstössern. Baubeginn im Juni, so dass die Arbeiten bis zum September abgeschlossen werden können.

5.2.3. Aussenraumgestaltung, Bücheliplatz

A: In diversen Verträgen hat sich der Bauherr Manor verpflichtet, bis zur Eröffnung des Manor den Bücheliplatz und den Durchgang in die Altstadt zu realisieren und zu finanzieren.

Z: Projektierung des Bücheliplatzes mit dem Durchgang in die Altstadt bis zur Bewilligung durch den Einwohnerrat.

L: Frühzeitige Koordination durch das Stadtbauamt mit der Bauherrschaft, allen Planern, Werkeigentümern und Anstössern. Die Projektierung soll bis Ende 2011 abgeschlossen sein, so dass die Projekte in das Bewilligungsverfahren eingespiesen werden können. Die Ausführung erfolgt dann im Sommer / Herbst 2011.

5.2.4. Umfahrungsstrasse H2

A: Der Landrat hat für die Umfahrungsstrasse H2 2009 einen Projektierungskredit genehmigt.

Z: Der Kanton erarbeitet in kurzer Zeit ein Bauprojekt für die Umfahrungsstrasse H2 mit Anschlüssen beim Zentrum und beim Altmarkt.

L: Das Stadtbauamt begleitet das kantonale Projekt möglichst eng und unterstützt eine zielgerichtete und effiziente Bearbeitung. Dabei werden die Interessen der Stadt Liestal in die Projektgruppe eingebracht.

5.2.5. Entflechtungsbauwerke der SBB

A: Die SBB planen seit 2010 für die Entflechtungsbauwerke im Raum Schauenburg – Bahnhof mehrere Varianten aus.

Z: Die SBB wählen für die Entflechtungsbauwerke eine für Liestal optimale Variante und führen diese einer baldigen Ausführung zu.

L: Die Stadt bringt sich bei den SBB frühzeitig ein und vertritt die Interessen der Stadt für eine für Liestal nachhaltig am besten geeignete Variante.

5.3. Planung

5.3.1. Arealentwicklung

A: Diverse Grundeigentümer und Investoren haben ihre Planungsinteressen dem Stadtbauamt kundgetan. Am intensivsten wird von der Stadt die Quartierplanung Ziegelhof begleitet.

Z: Bestmögliche und effiziente Begleitung der diversen Quartierplanungen im Gebiet nördlich des Zentrums.

L: Das Stadtbauamt koordiniert alle Planungen und die diversen behördlichen Stellungnahmen. Insbesondere wird im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen auf ein rasches Bewilligungsverfahren geachtet.

5.3.2. Landschaftsplanung

A: Gemäss § 23 Zonenreglement Landschaft der Stadt Liestal ist ein Natur- und Landschaftsschutzkonzept zu erarbeiten. Im Herbst 2010 wurde ein öffentliches Mitwirkungsverfahren durchgeführt.

Z: Beschlussfassung des Landschaftsentwicklungskonzeptes (LEK) durch den Einwohnerrat bis Mitte 2011.

L: Ausarbeitung des Mitwirkungsberichts und frühzeitige Einreichung des LEK in den Einwohnerrat zur Beratung und Beschlussfassung.

5.4. Verkehrssicherheit

5.4.1. Tempo 30

A: Von 2006 bis 2010 hat die Stadt die 9 ersten Tempo 30-Zonen eingeführt. Jetzt treffen Begehren aus weiteren Quartieren für Tempo 30- Zonen ein.

Z: In den Gebieten Rankweg und Altbrunnen sollen zwei neue Tempo 30-Zonen eingerichtet werden.

L: Frühzeitige Planung und Einspeisung der Projekte in den kantonalen Bewilligungsprozess.

5.4.2. Langsamverkehr

A: 2009 und 2010 wurden auf den Fuss- und Velowegen Schwachstellen-analysen durchgeführt. Daraus erfolgen Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Komforts.

Z: Mit den wenigen Ressourcen werden möglichst viele Verbesserungs-massnahmen bei den Fusswegen und den Radrouten umgesetzt.

L: Alle Projekte mit einem hohen Kosten-/Nutzeneffekt sollen umgesetzt werden. Dadurch werden die knappen Mittel optimal eingesetzt.

6. Soziales / Gesundheit / Kultur

Regula Gysin / Marco Avigni

Schwerpunkte

- Einrichtung EDV gestützte Statistik (Reporting/Controlling) als Steuerungsinstrument
- Vorprojekt Sanierung/Ausbau Haus zur Allee
- Regionale Altersplanung
- Kulturevents mit regionaler Ausstrahlung

6.1. Sozialhilfe

A: Mit der Installation der neuen Software KLIB eröffnen sich neue Möglichkeiten für eine aussagekräftige und übersichtliche Statistik, welche den Bereichsverantwortlichen als Steuerungsinstrument dienen soll.

Z: Einrichtung EDV gestützte Statistik (Reporting/Controlling) als Steuerungs-instrument.

L: Das einzurichtende Statistikmodul liefert die entsprechenden Informationen für eine optimierte Fallbearbeitung sowie für ein effizientes Reporting/Controlling

6.2. Jugend

A: Die Jugendkommission hat in Zusammenarbeit mit der Jugendhausleitung ein Basiskonzept zur Sanierung/Umgestaltung des Hauses zur Alle erarbeitet.

Z: Vorprojekt Sanierung/Ausbau Haus zur Allee.

L: Die Vorprojektgruppe erarbeitet einen detaillierten Vorschlag mit Kostenofferte für die Sanierung des Hauses zur Allee.

6.3. Alter

A: Die 2009 neu initiierte Zusammenarbeit der Alterskommission Liestal mit der Alterskommission Frenkendorf/Füllinsdorf hat gemeinsame Interessen in der Altersplanung aufgezeigt.

Z: Die regionale Altersplanung mit den Nachbarsgemeinden Frenkendorf / Füllinsdorf wird weiterverfolgt.

L: Anlässlich gemeinsamer Workshops sollen konkrete Projekte für eine bedarfsgerechte Altersarbeit entwickelt werden, welche regionalen Synergien ergeben.

6.4. Kultur

A: Kulturevents im grösseren Stil werden als Brands (Produkte mit Markencharakter) erfolgreicher lanciert werden können.

Z: Es werden Kulturevents mit regionaler Ausstrahlung durchgeführt.

L: Neuauflagen von erfolgreichen Kulturveranstaltungen mit regionalem Charakter werden Schwerpunkte des Kulturprogramms darstellen.

7. Betriebe

Marion Schafroth / Claudia Christiani

Schwerpunkte

- Strassenunterhaltsplanung
- Benchmarking Werkhof (2011 Datenerhebung)

7.1. Strassenunterhaltsplanung

A: Im Jahr 2007 wurden alle gemeindeeigenen Strassen (72.5 km) und deren Schäden im so genannten „Strassenmanagement“ aufgenommen. Die Schadensbilder wurden dabei nach den Normen des Fachverbandes klassifiziert. Diese Bestandesaufnahme dient als Grundlage.

Z: Die Strassensanierungen, die in den nächsten 10 Jahren unter Berücksichtigung der finanziellen Machbarkeit ausgeführt werden, sind definiert.

L: Analog den gemeindeigenen Liegenschaften werden die Informationen aus dem Strassenmanagement in einem Bewirtschaftungstool (Stratos) erfasst. Damit werden die notwendigen Daten für die Instandhaltung und Instandsetzung ermittelt und im Entwicklungsplan 2012-2016 dargestellt.

7.2. Benchmarking Werkhof (2011 Datenerhebung)

A: Koordiniert durch ein Ingenieurbüro wird mit zehn Gemeinden (Allschwil, Arlesheim, Biel-Benken, Bottmingen, Frenkendorf, Liestal, Münchenstein, Muttenz, Reinach, Riehen) ein Benchmarking durchgeführt.

Z: Der Werkhof wird auf sein Optimierungspotential überprüft.

L: Die für das Benchmarking notwendigen Daten werden 2011 nach einheitlichen Kriterien erfasst. Die Auswertungen und der Vergleich liegen bis Mitte 2012 vor. Diese dienen uns anschliessend zur Überprüfung des Optimierungspotentials.

8. Finanzen / Einwohnerdienste

Peter Rohrbach / Thomas Kunz

Schwerpunkte und wichtige Projekte des Departements

- Vergleich der Finanz-Daten mit ausgewählten Gemeinden im Kanton BL
- Weiterentwicklung der Finanzinstrumente

8.1. Finanzen

8.1.1. Termine 2011 für die Rechnung 2010, den Entwicklungsplan 2012-2016 und den Voranschlag 2012

	an Einwohnerrat	**im Einwohnerrat**
Rechnung 2010	Ende April 2011	29. Juni 2011
Entwicklungsplan 2012-2016	Ende Juni 2011	
Voranschlag 2012	14. Oktober 2011 (nach den Herbstferien)	14. Dez. 2011

8.1.2. HRM2 (Harmonisiertes Rechnungsmodell)

A: Gesetzliche Grundlagen:

- Empfehlung der Konferenz der Kantonalen Finanzdirektoren
- Gemeindegesetz
- Neue Gemeinderechnungsverordnung (in Kraft ab 1.1.2013).

Bereits im Jahr 2012 müssen Entwicklungsplan und Budget für das Jahr 2013 gemäss HRM2 dargestellt werden.

Z: Rechtzeitig alle Massnahmen für die Umstellung auf HRM2 ergreifen (Software, Schulung).

L: Koordination mit den Kantonalen Stellen, Koordination mit dem Softwarelieferanten, Organisation der Schulung.

8.2. Einwohnerdienste

8.2.1. Handwerkerparkkarten

A: Heute müssen die Handwerker frühmorgens ins Rathaus kommen und eine Parkkarte persönlich abholen.

Z: Die Handwerkerparkkarte kann online auf einer Internet-Plattform bezahlt und für den direkten Gebrauch ausgedruckt werden.

L: Internet-Plattform für Online-Kauf bereitstellen; Kauf und Bezug am Informationsschalter während den Schalteröffnungszeiten weiterhin möglich.

9. Spezialfinanzierungen

Marion Schafroth / Claudia Christiani

Schwerpunkte

- Anpassung der Gebühren in der Abwasser- und der Wasserkasse
- Planung der Versorgungssicherheit in der Wasserversorgung
- Benchmarking Wasserversorgung (2011 Datenerhebung)
- Pilotprojekt Bioklappe im Abfallwesen

9.1. Anpassung der Gebühren in der Abwasser- und der Wasserkasse

A: Ein Entwurf zu einem Systemwechsel bei der Berechnungsgrundlage der Gebühren und deren Höhe liegt vor und wurde bereits in den Kommissionen des Einwohnerrates diskutiert.

Die Stellungnahme des Preisüberwachers und die Diskussionen aus den Kommissionen empfehlen eine Entflechtung des Systemwechsels für die Berechnung und der Gebührenanpassung.

Z: Die zwei Hauptfragestellungen (1. Höhe der Gebühren und 2. Grundlage der Berechnung) im Zusammenhang mit den Reglementen der Abwasserentsorgung und der Wasserversorgung sind diskutiert und entschieden.

L: Unter Berücksichtigung der Meinungen des Preisüberwachers und der Kommissionsmitglieder werden der Systemwechsel und die Gebührenanpassungen getrennt von einander bearbeitet und entschieden.

9.2. Planung der Versorgungssicherheit in der Wasserversorgung

A: Nachdem die Stimmberechtigten einen Beitritt zum Regionenverbund 1-9-2 abgelehnt haben, sind andere Möglichkeiten für eine Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit ab 2018 aufzuzeigen.

Z: Auch nach Ablauf der Konzession für die Nutzung von Grundwasser aus dem Pumpwerk Gitterli (31.12.2017) steht der Bevölkerung und Industrie jederzeit ausreichendes und qualitativ einwandfreies Trinkwasser zur Verfügung.

L: Zusammen mit einem Ingenieurbüro werden folgende Varianten geprüft:

- die Zusammenarbeit mit umliegenden Gemeinden
- der Bau eines neuen Pumpwerkes (allein oder mit einer anderen Gemeinde)
- die Weiternutzung des Pumpwerkes Gitterlis
- der Beitritt zum Regionenverbund 1-9-2 zu einem späteren Zeitpunkt

9.3. Benchmarking Wasserversorgung (2011 Datenerhebung)

A: Koordiniert durch ein Ingenieurbüro wird mit zehn Gemeinden (Allschwil, Arlesheim, Biel-Benken, Bottmingen, Frenkendorf, Liestal, Münchenstein, Muttenz, Reinach, Riehen) ein Benchmarking durchgeführt.

Z: Die Wasserversorgung wird auf ihr Optimierungspotential überprüft.

L: Die für das Benchmarking notwendigen Daten werden 2011 nach einheitlichen Kriterien erfasst. Die Auswertungen und der Vergleich liegen bis Mitte 2012 vor. Diese dienen uns anschliessend zur Überprüfung des Optimierungspotentials.

9.4. Pilotprojekt Bioklappe

A: Kleine Mengen an Küchenabfällen werden oftmals mit dem Schwarzkehricht entsorgt. Anderenorts können diese Küchenabfälle der Grüngutabfuhr mitgegeben werden, weil in geeigneten Wohngebieten entsprechenden Annahmestellen („Bioklappen“) positioniert sind.

Z: Akzeptanz und Kosten der Bioklappe sind nach Durchführung eines repräsentativen Pilotprojekts geklärt.

L: In einem ausgewählten Wohngebiet (z.B. Goldbrunnen) werden so genannte Bioklappen für die gebührenpflichtige Entsorgung der Küchenabfälle aufgestellt und deren Akzeptanz bei der Bevölkerung getestet.

Notizen: